66. Jahrgang. № 126. Mittwoch, 15. März 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M.
Anzeigen-Preise: Die einspaltige 37 mm breite Zeile 5.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Seestraße 7 Etablissement I. Ranges Seestraße 7
Excelsior-Diele
5-Uhr-Tee
Nachmittags und abends Konzerte des ungar. Kapellmeisters Lokatos

Kakao
Deutschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Eis — Eisgetränke

Sachsens Landespolizei im Hauptausschuß.

Die ungesetzliche Spitzeltätigkeit der politischen Kommissare.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. März. Im Hauptausschuß des Reichstages besprach Abg. Dr. Schreiber (Z.) die geradezu als gefährlich zu bezeichnenden

Zustände in der sächsischen Polizei.

Die Autorität der Offiziere wäre dort erschüttert. Die Regierungskommissare entfalteten vielfach in Sachsen eine verhängnisvolle Tätigkeit. Abg. Berndt (D.-N.) erklärte, daß sich die Polizei in einem Zustand weitgehender Auflösung befinde. Dies gelte für Preußen und mehr noch für Sachsen. Schuld seien die bei der Polizei bestehenden wirtschaftlichen und Berufsverbände. Ihr unheilvoller Einfluß und der Mißbrauch der Koalitionsfreiheit seitens dieser Verbände haben sogar den preußischen Minister des Innern zur Flucht in die Oeffentlichkeit veranlaßt.

Die Disziplinlosigkeit

werde erhöht durch die alle Autorität untergrabenden sogenannten politischen Kommissare. Ihre ungesetzliche Spitzeltätigkeit müsse aufhören. Dem Mißstand der Abwanderung von der Schutzpolizei müsse durch Sicherheit der Anstellungs- und Versorgungsverhältnisse begegnet werden.

Abg. Mumm (D.-N.) betonte, daß es ein unerhörter Vorgang sei, wenn in Sachsen der Ministerpräsident unbotmäßige Polizeibeamte entläßt und der Minister des Innern sie wieder einstellt. Der Redner beantragte

Beseitigung der Sicherheitskommissare.

Reichskommissar Dr. Köster sprach sich für die Berechtigung des Reiches zur Prüfung der Frage aus, ob die Schutzpolizei den an sie gestellten Anforderungen genüge. Die Schutzpolizei selbst und das Vorgehen gegen die Verbände seien jedoch Sache der Länder. Der preußische Minister des Innern hat gegen Uebergriffe der Verbände scharf Stellung genommen. Zu einem Einschreiten des Reichsministers liege noch kein Anlaß vor.

Im Anschluß an die Debatte wurde ein Antrag Schreiber (Z.) angenommen, wonach bei den Ländern Nachfrage gehalten werden soll, ob die Regierungskommissare bei der Schutzpolizei nach wie vor notwendig sind und wieweit die Besetzung der Stellen unparteiisch vorgenommen wurde. — Der Etatstitel für die Zwecke des politischen Schutzes wurde vom Hauptausschuß bewilligt.

Bei der Erörterung über

die Technische Nothilfe

stellte Abg. Müller-Franken (Soz.) den Antrag, unter den einmaligen Ausgaben den für den Ausbau der Technischen Nothilfe in der Landwirtschaft erforderlichen Betrag von 3 Millionen Mark zu streichen. Es müsse das Ziel sein, die Technische Nothilfe entbehrlich zu machen. Der Antrag wurde abgelehnt. Die einmaligen Ausgaben für die Technische Nothilfe in Höhe von 3 Millionen und die fortdauernden Ausgaben in Höhe von 33 700 000 Mk. wurden genehmigt. Gelegentlich der Verabschiedung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern wurden beim Reichsamt für Landesaufnahmen verschiedene Streiche vorgenommen. Bei der Beratung über die Filmoberprüfstelle wurde ein Antrag auf Revision des Lichtspielgesetzes angenommen. Staatssekretär Schulz erklärte dazu, daß die Revision des Lichtspielgesetzes bereits erwogen werde. Was die Zensur anlange, so seien 3555 Filme in einer Länge von 3½ Millionen Meter in 429 Kammersitzungen geprüft worden. Im ganzen seien 90 Filme in einer Länge von 109 658 Meter, das ist 2,5 % der Filme, verboten worden. Beim Etattitel

Denkmal für die Kolonialdeutschen

befürwortete Abg. Dr. Mumm (D.-N.) die Aufstellung des früher in Ostafrika stehenden Wißmann-Denkmals und forderte, daß die Aufstellung zu einer Kundgebung gestaltet werde, die den festen und unbeugsamen Willen des deutschen Volkes, auf eine koloniale Zukunft nicht zu verzichten, vor aller Welt beweise.

Englische Verstimmung über Amerikas Forderung.

Deutschland soll bezahlen!

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 14. März. In Londoner politischen Kreisen hat die amerikanische Forderung auf 968 Mill. Goldmark sehr verstimmt. Man will Amerika kein Recht auf eine solche Forderung zuerkennen, da die Vereinigten Staaten auch den Versailler Vertrag nicht anerkannt haben. „Daily Chronicle" schreibt hierzu, Amerika solle sich nur nach Berlin (!) wenden, wenn es das Geld haben wolle. Die Vereinigten Staaten hätten nicht warten sollen, bis die Alliierten ihren Zahlungsplan ausgearbeitet hätten.

London, 14. März. Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt zu dem amerikanischen Ersuchen um Bezahlung der Kosten für das amerikanische Besatzungsheer, die Aktion der Vereinigten Staaten werde in amtlichen britischen Kreisen angesehen als ein Versuch, das gesamte Reparationsdurcheinander in Europa ad absurdum zu führen. (W. T. B.)

Die Antwort der alliierten Finanzminister.

Paris, 14. März. In Beantwortung der Denkschrift, in der Boyden, der Vertreter Amerikas, im Namen seiner Regierung die Rückzahlung der vor dem 21. Mai 1921 aufgelaufenen amerikanischen Besatzungskosten fordert, haben die Finanzminister Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Belgiens ihm mitgeteilt, daß in das alliierte Finanzabkommen vom 11. März eine Bestimmung aufgenommen worden sei, die die Rechte der Vereinigten Staaten wahre und daß nicht die Finanzminister, sondern die alliierten Regierungen für die Regelung dieser Frage zuständig seien. (W. T. B.)

Amerika beharrt auf seiner Forderung.

Newyork, 14. März. Der Washingtoner Korrespondent der „Associated Preß" vernimmt von zuständiger Stelle, die amerikanische Regierung beabsichtige nicht, ihre Zustimmung zur Verteilung der deutschen Reparationszahlungen zu geben, ohne sich ihren Anteil daran zu sichern. Die jüngste Forderung an die alliierten Minister des Aeußeren sei nur erhoben worden, weil die Berichte aus Europa anzeigten, daß die Alliierten nicht geneigt seien, auf die Vereinigten Staaten Rücksicht zu nehmen und die Regierung der Vereinigten Staaten sei willens, auf ihren Rechten auf Grund der Bedingungen des Waffenstillstandes zu beharren. (W. T. B.)

Gerüchte über weitere Vertagung der Genua-Konferenz.

Paris, 14. März. Wie die „Chicago Tribune" mitteilt, hat Poincaré endgültig beschlossen, infolge der amerikanischen Haltung sich nicht persönlich zur Konferenz nach Genua zu begeben. Ferner bestünde durch die Forderungen Rußlands, daß es zu den Präliminarverhandlungen zugelassen werde, Aussicht dafür, daß die Genueser Konferenz überhaupt aufgehoben werde. Die Haltung der französischen Regierung erkläre sich aus zwei Tatsachen, 1. glaube Frankreich nie daran, daß die Konferenz wirklich Erfolg haben könnte; 2. lasse es die Reise Millerands, die er im April und Mai nach Marokko unternehmen werde, unwahrscheinlich erscheinen, daß zu gleicher Zeit auch der Ministerpräsident das Land verlasse. Das Blatt will erfahren haben, daß Lloyd George damit einverstanden sei, daß die Konferenz von Genua bis zum Herbst verschoben werde.

Schweizerische Kritik an den Beschlüssen der Ententefinanzminister.

Bern, 14. März. Die „Baseler Nachr." kritisieren den Beschluß der alliierten Finanzminister sehr scharf, nach dem Deutschland mit den Kosten der französischen Mobilmachung von 1921 zu belasten sei. Sie schreiben: Wenn die Alliierten eine solche Kraft- und Geldvergeudung nachträglich billigen und dem wehrlosen Deutschland zur Last schreiben, so heißt das nichts anders, als daß ihnen jeglicher Sinn für die unumgänglichen Vorbedingungen einer internationalen Anleihe an Deutschland fehlt. Auch die „Neue Züricher Ztg." schreibt: Diese Bestimmung, die eine Kompensation an Frankreich sei, werde zweifellos mancherorts Kritik hervorrufen. (W. T. B.)

Weitere Tariferhöhung bei der Eisenbahn.

Berlin, 14. März. Einer Meldung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus zufolge sollten wegen der Bewilligung der neuen Beamten- und Arbeitergehälter neue Tariferhöhungen bei der Post und Eisenbahn vorgesehen sein. Dazu erfährt das „B. T.", daß, soweit die Post in Frage komme, bis zum Augenblick im Reichspostministerium noch keinerlei Erwägungen über diese Angelegenheit im Gange seien. Hingegen dürften bei der Eisenbahn neue Tariferhöhungen zu erwarten sein. Auch die Eisenbahnverwaltung dürfte für die neuen Löhne etwa 8 Milliarden Mark aufzulegen haben. Dazu komme eine den Lohnerhöhungen gewöhnlich automatisch folgende Steigerung der Materialpreise, so daß der vom Reichsverkehrsministerium aufzubringende Gesamtbetrag etwa 13 Milliarden Mark ausmachen dürfte. Zur Deckung dieser Summe sei eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife in Aussicht genommen. Diese Tariferhöhung werde sich jedoch wahrscheinlich nur auf den Güterverkehr und nicht auf den Personenverkehr erstrecken. In Aussicht genommen sei eine Erhöhung der Gütertarife um weitere 20 Prozent.

Ein Provinziallandtag unter französischer Knute.

Düsseldorf, 14. März. Heute mittag wurde der 62. Rheinische Provinziallandtag eröffnet. Von der französischen Besatzungsbehörde war die Erlaubnis zur Tagung unter der Bedingung erteilt, daß keine die Besatzungsbehörde verletzenden Reden gehalten werden. Während der Tagung darf auch nur die Flagge der Rheinprovinz (!) gehißt werden. Den Verhandlungen wohnen auch französische Ueberwachungsbeamte bei. (W. T. B.)

Der Leipziger Zwischenfall mit dem französischen Konsulatsbeamten.

Leipzig, 14. März. Zu dem Angriff auf den französischen Konsulatsbeamten wird nach dem heutigen Polizeibericht noch berichtet, daß der Vorfall sich in der dritten Morgenstunde ereignet hat, nachdem der Beamte mit der Tochter seiner Wirtin mehrere Lokale besucht hatte. Die Differenzen mit verschiedenen Passanten entstanden wegen dieser Dame. Es handelte sich lediglich um eine Eifersuchtsszene. Allem Anschein nach ist der Herr, der auf den Konsulatsbeamten eingeschlagen hat, ein nordischer Ausländer. Die Ermittlungen sind noch nicht völlig abgeschlossen.

Das Aufbäumen des Mittelstandes gegen seine Zermürbung.

Der deutsche Mittelstand hat sich bisher allen Kassandrarufen der Sozialdemokratie zum Trotz und im Widerspruch mit der Kladderadatsch-Prophezeiung des Erfurter Programms gut über Wasser gehalten, dank der ihm früher gewidmeten staatlichen Fürsorge und seiner energischen Selbsthilfe auf genossenschaftlicher Grundlage. Was aber die natürliche wirtschaftliche Entwicklung nicht vermochte, nämlich den Mittelstand zu zermürben und zu zerreiben, das droht jetzt das Novembersystem zu vollenden, und zwar durch ein Uebermaß von erdrückenden, jede vernünftige Grenze überschreitenden Steuern. Der selbständige Mittelstand in Handel, Handwerk und Gewerbe kann gegenüber der Steuerwillkür, die auf Befehl der Entente von der Reichsregierung betrieben wird, nicht so durchhalten, wie die Großindustrie und der Handel, weil sein Kundenkreis beschränkt ist und seine Mittel klein sind. Er kann keine großen Reserven zurücklegen, sondern muß von der Hand in den Mund leben, und diese Verhältnisse werden von der jetzigen Regierung gar nicht berücksichtigt. Und doch ist vom Standpunkt einer weitblickenden Staatskunst aus die soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit, den Mittelstand lebenskräftig und leistungsfähig zu erhalten, nicht minder groß wie früher. Man braucht nur einen Blick auf die ungünstige Veränderung der sozialen Schichtung, die der Krieg im Gefolge gehabt hat, zu werfen, um zu begreifen, wie verhängnisvoll das völlige Verschwinden des Mittelstandes für unsere nationale Weiterentwicklung sein würde. Unter dem alten Regime bildete der Mittelstand gewissermaßen die Keimzelle der gesamten staatlichen Ordnung, aus der sich der gesellschaftliche Aufbau fortgesetzt in harmonischer Weise entwickelte. Eine solide Wirtschaftsführung verbürgte den Mittelstandskreisen Wohlhabenheit und Behaglichkeit und eine gefestete sittliche Lebensanschauung führte dort die Herrschaft. Insbesondere war die führende intelligente Oberschicht des Mittelstandes, aus der die hohen Beamten, Gelehrten, Künstler und Literaten zumeist hervorgingen, der Hauptträger der geistigen Größe Deutschlands. Dieser durchaus tüchtige und gesunde Mittelstand vollzog einen wohltätigen sozialen Ausgleich sowohl nach oben wie nach unten hin, so daß weder ein hohles Protzentum noch der Radikalismus der Sozialdemokratie die Oberhand gewinnen konnte. Inzwischen haben aber die Verhältnisse eine wesentlich veränderte Gestalt angenommen. Von unten her drängt eine gutbezahlte Arbeiterschaft heran, bei der die materiellen Rücksichten den Ausschlag geben, und nach oben hin hat sich eine reine Plutokratie entwickelt, die der Krieg und das Valutaelend aus einer trüben Sumpfniederung an die Oberfläche emporgespült haben, während ehemals die „oberen Zehntausend" einem großzügigen Mäzenatentum huldigten, in das sie eigenen künstlerischen Geschmack und wissenschaftliches Verständnis hineinlegten, so daß Geist und Geld sich nicht ausschlossen, sondern ergänzten. Diese dem öffentlichen Interesse abträgliche Neugliederung des sozialen Organismus mußte folgerichtig die Reichsregierung im Verein mit den Landesregierungen veranlassen, der Erhaltung des noch verbliebenen Restes des Mittelstandes um so größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und den Mittelstandsschichten, die unter der Geldentwertung und der Teuerung am schwersten zu leiden haben, wenigstens durch eine loyale Steuerpolitik das Leben nach Möglichkeit zu erleichtern. Doch nichts von alledem! Keine Spur einer solchen notwendigen Rücksichtnahme ist zu merken.

Da hat denn der gewerbliche Mittelstand sich endlich zur Selbsthilfe aufgerafft und sich zu einem Kartell zusammengeschlossen, das gleich zu Anfang eine stattliche Zahl von Organisationen in sich vereinigt hat und bei geschickter Leitung einen maßgeblichen Einfluß zu erlangen hoffen darf. Die Bedeutung dieses Kartells ist der deutschen Oeffentlichkeit am vergangenen Sonntag in der Reichshauptstadt durch die dort abgehaltene Riesendemonstration des Mittelstandes vor Augen geführt worden. Das war eine Kundgebung, die in eindrucksvoller Weise erkennen ließ, daß im deutschen Mittelstande trotz aller Nöte der Zeit immer noch eine urwüchsige Lebenskraft steckt, die nur der richtigen Zusammenfassung und Leitung bedarf, um sich erfolgreich auszuwirken. Es war aber auch höchste Zeit, daß sich gegenüber der an den leitenden Stellen herrschenden Gleichgültigkeit, der es anscheinend bisher einerlei war, welches Schicksal dem Mittelstande winkte, der Selbsterhaltungstrieb in diesen Kreisen mit elementarer Gewalt regte. Nun können alle Freunde des Mittelstandes wieder neue Hoffnung schöpfen; denn ein Stand, der noch so energisch nach der Richtschnur unseres Altmeisters Goethe zu handeln vermag: „Allen Gewalten zum Trutz sich erhalten", ist noch nicht reif zum Verderben. Gewiß, es gibt auch einen Untergangsfatalismus, der einzelne Menschen und ganze Klassen und Stände, ja selbst Völker in ihrer Gesamtheit zuweilen ergreift, wenn ihnen das Mark in den Knochen zum Widerstand gegen die finsteren Gewalten des Unheils verdorrt ist. In solcher seelischer Verfassung waren die römischen Gladiatoren der Kaiserzeit, wenn sie nach dem Eintritt in die Arena des Zirkus an der Cäsarenloge vorüberzogen mit dem Rufes